

Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
am 10. Juni 2017 in Duisburg



Beschlussbuch

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Inhaltsverzeichnis

a.o. Landesparteitag der NRWSPD am 10.06.2017		Alle Beschlüsse mit Initiativanträgen		
Beschluss	Antragsbereich	Antragsteller	Überschrift	Seite
L1	Leitantrag	<i>Landesvorstand</i>	Thesenpapier Die Sozialdemokratie in NRW wird gebraucht.	3-8
Ar1	Arbeitsmarktpolitik	<i>Unterbezirk Bonn</i>	Verbesserter Schutz bei Betriebsratswahlen	9
F1	Familien-, Frauen- und Gleichstellungs- politik	<i>NRW Jusos, NRWSPDqueer, AsF NRW</i>	Ehe für alle! Liebe kennt kein Geschlecht	10
G1	Gesundheitspolitik	<i>Ortsverein Moers</i>	Wir brauchen mehr Personal per Gesetz, bessere Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und gute Ausbildung für die Pflege und nicht eine Pflegekammer	11
IR1	Innen- und Rechtspolitik	<i>Unterbezirk Bonn</i>	Unterstützung von Opfern sexualisierter Gewalt im Strafverfahren	12
U1	Umwelt-, Energie-, Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik	<i>Unterbezirk Bonn</i>	Stopp der Brennelemente- Lieferung von Lingen nach Tihange 2 und Doel 3!	13
U2	Umwelt-, Energie-, Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik	<i>Unterbezirk Duisburg</i>	Erhöhung der Förderung von günstigen bezahlbaren Wohnungen	13
I1	Initiativantrag	<i>Landesvorstand</i>	Wir machen dieses Land stärker gerechter und moderner!	14-20
Anzahl der Anträge: 8				

Leitantrag

Antragsbereich L/ Antrag 1

Landesvorstand

Thesenpapier

Die Sozialdemokratie in NRW wird gebraucht.

Beschluss des
Parteitag

Die Niederlage der NRWSPD bei der Landtagswahl war bitter. Ebenso konsequent war der Schritt der NRWSPD, in die Opposition zu gehen. NRW braucht eine klare soziale und demokratische Perspektive für eine bessere Politik. Das ist die NRWSPD.

Angenommen

5

Martin Schulz wird Kanzler. Dafür kämpfen wir.

Die NRWSPD kämpft wie keine andere Partei für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für soziale Gerechtigkeit und eine offene Gesellschaft. Auf uns kommt es an, wenn im September ein neuer Bundestag gewählt und über die Zukunft unsers Landes entschieden wird. Wir müssen und wir werden deutlich machen: mit uns schlägt in NRW das soziale Herz Deutschlands.

10

Die NRWSPD im Übergang.

Wir stellen uns in einem geordneten Verfahren neu auf.

Der Verlust der Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen hat verschiedene Gründe. Sie ist kein Betriebsunfall. Deshalb greift es zu kurz, einfach neue Köpfe zu präsentieren, die es dann richten sollen. Notwendig ist auch eine gemeinsame strategische, strukturelle und inhaltliche Neuaufstellung der NRWSPD. Darin werden wir unsere Mitglieder aktiv einbeziehen. Und wir haben auch junge Talente und erfahrene Führungspersönlichkeiten, die den Übergang gestalten und im tiefgreifenden Prozess der Erneuerung ein geordnetes Verfahren garantieren.

15

20

25

Es geht um die strukturelle Mehrheitsfähigkeit fortschrittlicher Politik - nicht nur in NRW.

Nicht nur die Ergebnisse der Landtagswahl in NRW, sondern die Entwicklungen in ganz Europa zeigen uns, dass konservative und nationalistische Parteien auf der einen Seite und Neoliberale auf der anderen Seite enorm mobilisierungsfähig sind. Es verstärkt sich der Eindruck, als wäre die Entscheidung im Spannungsfeld zwischen protektionistischen und marktradikalen Alternativen zu treffen. Die Europapolitik der Kanzlerin und ihres Finanzministers ist wesentlich mitverantwortlich für diese Entsolidarisierung in Europa und in der bundesdeutschen Gesellschaft.

30

35

Fortschrittliche Politikkonzepte finden bislang auf diese Polarisierung keine hinreichende Antwort. Im Gegenteil: Abstiegsängste wachsen bis weit in die soziale Mitte hinein und einer offenen, solidarischen Politik begegnen zunehmend viele Menschen mit Skepsis oder gar Ablehnung. Dass weite Teile der arbeitenden Bevölkerung auch objektiv zu wenig Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung erfahren und die soziale Spaltung sich weiter vertieft, muss deshalb als zusätzlicher Antrieb für eine eigenständige sozialdemokratische Antwort genutzt werden.

40

45

Die Herausforderungen sind umfangreich, die Erwartungen an die SPD groß. Im Verbund mit sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen geht es für uns um die strukturelle Mehrheitsfähigkeit fortschrittlicher Politik in Deutschland und in Europa.

50

Wir müssen reden

... über eine differenzierte Analyse des Wahlergebnisses.

In den drei letzten turnusgemäßen Landtagswahlen in NRW 2005, 2010 und 2017 ist die jeweilige Landesregierung abgewählt worden. Die Bindung an Parteien verändert sich, Wählerinnen und Wähler haben in Episoden nicht in Epochen gewählt. Die Stimmungslage ist die neue Grundlage, Protest der neue Antrieb. Im Ruhrgebiet hat die SPD verlierend gewonnen. Im ländlichen Raum gewinnend verloren.

55

60

Wie stellt sich eine detaillierte und differenzierte Analyse des Wahlergebnisses – auch und gerade in Bezug auf Zielgruppen und Regionen – dar? Wie reagiert die NRWSPD auf die sozialdemografische Veränderung der Wählerschaft?

65

... über unsere Haltung zu den aktuellen politischen Herausforderungen.

„Um neue Wählerinnen und Wähler zu gewinnen, müssen wir dieses Thema setzen oder jene Botschaft. Mehr Mitte – mehr links – endlich auch diese oder jene Region oder Gruppe bedenken.“ Gern gehörte Forderungen, aber es geht um mehr. Es muss wieder deutlich werden: Die NRWSPD besetzt Themen und entwickelt Konzepte nicht nur um „Wähler zu gewinnen“, sondern weil sie überzeugt ist, dass wir Grundwerte haben und unsere Politik die richtigen Antworten auf die wesentlichen Fragen unserer Zeit bereithält. Dafür werben wir um Vertrauen.

70

75

80

Welche gemeinsamen Überzeugungen tragen uns in der NRWSPD? Welche Sicht haben wir auf das Land und seine Herausforderungen? Was wollen wir für die Menschen in NRW erreichen? Wie können wir sie für gesellschaftlichen Fortschritt gewinnen, gar begeistern?

85

... über das, was die Menschen bewegt.

Mit dem NRW-Plan hat die NRWSPD eine solide sozialdemokratische Programmatik für die vor uns liegende Zeit. Wir müssen damit stärker an die Fragen anknüpfen, die den Menschen unter den Nägeln brennen und Antworten auf die konkreten Veränderungen im Leben der Menschen geben. Als Volkspartei vertreten wir die Interessen breiter Schichten der Bevölkerung. Teil davon ist, dass wir Antworten auf die Sorgen der Mittelschicht bereitstellen. Dazu gehört im Kern Antworten auf die Existenzsorgen der Menschen, nach sozialer Sicherheit und sicherer Beschäftigung zu geben. Dazu gehört aber auch die Angst vor dem eigenen Abstieg und die Sorge um die Zukunftsperspektive der eigenen Kinder, denen es

90

95

keinesfalls schlechter gehen soll, als den Eltern.

100

Wie kann Soziale Gerechtigkeit wieder als Sicherheit im Leben der Menschen ankommen? Wie wollen wir das Versprechen vom sozialen Aufstieg konkret umsetzen? Welche Perspektive können wir im Strukturwandel für Gute Arbeit bieten?

105

... über unsere Geschichte zum Land.

Die Schlusslichtgeschichte hat auch deshalb verfangen, weil ihr die NRWSPD ihr nicht mit der eigenen Erfolgsgeschichte begegnet ist. Um mit einem ‚Viel erreicht – viel zu tun‘ die Erfolge sozialdemokratischer Regierungspolitik mit einer Perspektive und einem Auftrag für die Zukunft zu verbinden, hätte es weniger Zahlen und Statistiken, sondern einer plausiblen Geschichte von der Gestaltung des Wandels in Nordrhein-Westfalen bedurft.

110

115

Woraus setzt sich unsere Geschichte für ein starkes und gerechtes NRW zusammen? Was bleibt, worauf wir zu Recht stolz sind? Welche Kapitel wollen wir neu schreiben oder hinzufügen?

120

Die NRWSPD braucht eine Generalinventur ihrer organisatorischen Aufstellung.

Die NRWSPD muss wieder die Partei werden, die nicht nur programmatisch auf der Höhe der Zeit ist, sondern in der auch wieder die spannenden und relevanten Debatten geführt werden und die in Kampagnen erfolgreich um Vertrauen für ihre Politik wirbt. Politik ist auch Organisation. Wir brauchen eine Generalinventur unserer organisatorischen Aufstellung. Dafür können wir die Ergebnisse aus unserem Prozess „Fundament stärken“ nutzen und auf die Erfahrungen von Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften, Foren, Projektgruppen und anderen zurückgreifen. Wir sagen was ist und was sein sollte – und wo die Wirklichkeit weh tut. Dabei werden wir die Expertise unserer Mitglieder einbeziehen. Denn sie wissen am besten, wie die Arbeit der Partei besser aufgestellt werden kann.

125

130

135

Diese Leitlinien geben uns einen ersten Rahmen für die Diskussion:

Die NRWSPD ist und bleibt Mitgliederpartei.

Zum Glück haben sich gerade in den vergangenen Monaten immer mehr Menschen für ein Mitmachen entschieden. Mehr noch: Diese Menschen wollen eben nicht am Rande des Spielfelds stehen und kommentieren. Sie wollen mit auf dem Platz stehen und helfen, es besser zu machen. Deshalb gilt: Neumitglieder sind unser Schatz, ebenso wie die langjährigen Genossinnen und Genossen. Beteiligen wir sie! Qualifizieren wir sie!

140

145

Vielen neuen Mitgliedern fällt die Orientierung in der Partei schwer. Sie erhalten von verschiedenen Stellen verschiedene Informationen, Hinweise und Materialien. Um davon nicht abgeschreckt zu werden und die neuen Mitglieder an die Partei zu binden, ist die persönliche Ansprache vor Ort besonders wichtig. Der Eintrittsstandard 1-3-6 der NRWSPD ist dafür eine gute Grundlage.

150

155 *Wie können attraktive Mitmachangebote aussehen? Wie entwickeln wir das Potenzial von (neuen) Mitgliedern, damit sie zukünftig Verantwortung übernehmen können? Wie können wir offene Strukturen entwickeln, in die wir auch Nichtmitglieder einladen?*

Die NRWSPD wird wieder zu einem Ort kontroverser Debatten.

160 Eine lebendige Partei zeichnet sich durch eine offene Debattenkultur aus. Die Partei muss gegen den Strich denken dürfen. Ideen vor der Zeit haben. Ermuntern wir dazu! Vor Ort und im Netz. Vor allem aber auch auf
165 Landesebene und in den Regionen. Wir wollen wieder Plattform sein für diejenigen, die sich mit den Zuständen nicht abfinden. Für diejenigen, die Zukunft gestalten wollen. Die SPD muss Zukunftswerkstatt werden.
170 Um innerhalb der Partei die Geschlossenheit zu erhalten und zu verbessern, müssen Themen zuerst in der Partei diskutiert, vorbereitet und dann letztlich beschlossen werden. Diese Beschlüsse müssen dann in der Landespolitik bzw. Oppositionsarbeit umgesetzt werden

175 *Wie können wir Mitglieder und Nichtmitglieder, Funktionäre und Abgeordnete stärker in Debatten einbinden? Wie können wir Bündnispartner wie die Sozialverbände, Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Vertreterinnen und Vertreter aus Kunst, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Sport zur Mitarbeit motivieren? Wie können Formate aussehen, die online und offline eine Plattform für den Diskurs bilden?*

Die NRWSPD schmiedet das Bündnis der Bessermacher.

185 Viele Menschen in unserem Bundesland engagieren sich. Egal ob in Kunst und Kultur, Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften und Verbänden, im Sport oder ehrenamtlich in Initiativen. Kritische Intellektuelle,
190 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bereichern unser Land mit ihren Einschätzungen und Initiativen. Es sind die Bessermacher in unserer Gesellschaft, die nicht nur meckern, sondern mit anpacken. Sie alle sollen in der Sozialdemokratie ihre Ansprechpartnerin für ein besseres Land finden.

195 *Wie können wir die Netzwerke des Alltags für politisches Engagement gewinnen? Wie können wir junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für den Diskurs ansprechen? Welche Möglichkeiten bieten wir Ehrenamtlichen und Engagierten, die in Verbänden, Vereinen und Initiativen aktiv sind für ein Engagement mit der SPD?*

Die NRWSPD wird Talentschuppen.

200 In der NRWSPD schlummern viele Potentiale. Wir werden sie stärker heben. Das beginnt mit einer Förderung der vielen tausend ehrenamtlich aktiven Mitglieder vor Ort. Das gilt aber auch für unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger von der kommunalen bis zur europäischen

205 Ebene und für die Hauptamtlichen in Partei und Fraktionen.
 Anders als viele Männer, die neuen Herausforderungen und
 Aufgaben offener gegenüber stehen, sind Frauen oft
 unsicher, ob sie den Anforderungen einer neuen
 Herausforderung gewachsen sind. Das können Aufgaben im
 210 Ortsverein, aber auch in der Fraktion oder sogar die
 Aufstellung als Kandidatin für die Bundestags- oder
 Landtagswahl sein. Daher ist es wichtig, rechtzeitig mit der
 Personalplanung zu beginnen und Frauen an solche
 Aufgaben heranzuführen. Das bedeutet nicht, dass damit
 schon Jahre im Voraus wichtige Personalentscheidungen
 215 fallen, aber es bedeutet, dass verschiedene qualifizierte
 Menschen der Partei zur Wahl stehen, wenn es so weit ist.
 Frauen und Männer würden von einer solchen
 vorausschauenden Personalpolitik profitieren!

220 *Welche Konzepte haben wir für eine intensive
 Personalentwicklung? Wie können wir damit alle Gruppen
 in unserer Partei gleichermaßen ansprechen? Wie sorgen
 wir dafür, dass vor allem jüngere und weibliche Mitglieder
 davon profitieren?*

225 **Unsere Volkspartei braucht die erfolgreichen
 Kommunalen.**

Unsere (Ober-)BürgermeisterInnen und Landräte sitzen
 nicht auf der SPD-Tribüne. Sie gehören auf den Platz, denn
 da wird das Spiel entschieden! Wir brauchen ihre
 Kompetenz. Sie wissen durch ihre tägliche Arbeit in der
 230 Kommunalpolitik was vor Ort geschieht.

Wir wollen und wir können die Kommunalwahl 2020
 gewinnen. Wir wissen: Hier zeigt sich, wie stark die
 Verankerung der NRWSPD ist.

235 *Wie sorgen wir dafür, dass die kommunale Expertise und
 Perspektive in der Landespartei einen festen Platz hat? Wie
 bereiten wir die Kommunalwahl 2020 landesweit vor?*

Die NRWSPD muss ihre Kampagnenkompetenz stärken.

240 CDU und FDP haben nicht die besseren Konzepte. Die
 CDU hat einen populistischen Stimmungswahlkampf
 gemacht. Die Kampagne der FDP zielte vor allem auf die
 Potentiale des Landes, die sie entfesseln wollte. Beide haben
 ihr Wählerpotential besser angesprochen und tief in die
 traditionelle SPD Wählerschaft gewirkt. Damit werden wir
 245 auch in Zukunft umgehen müssen. Sie haben aber
 andererseits auch eine neue Ästhetik der
 Wahlkampfkommunikation verwendet.

250 *Wie kann der Modernisierungsschub für unsere
 Kommunikation konkret aussehen? Wie können wir populär
 sein, ohne populistisch zu sein? Wie können wir stärker
 Mitglieder und Unterstützer vor Ort für Kampagnen
 gewinnen (grassroots movement)?*

Wie es weitergeht.

255 Die NRWSPD ist der größte SPD-Landesverband. Auch wenn wir
 nun nicht mehr die Landesregierung anführen, sind wir uns unserer
 Verantwortung für die gesamte Partei bewusst. Gerade im Hinblick

260 auf die Europawahl 2019 liegt es auch bei uns über die Grenzen Deutschlands hinaus für erfolgreiche sozialdemokratische Politik einzustehen. Wir wissen: Jeder Wahlkampf und jede Wahl ist anders. Jede Wahl ist eine neue Chance für uns.

265 Wir werden bis zum September nicht vergessen haben, dass Angela Merkel im Mai auf unseren Marktplätzen systematisch die Unwahrheit gesagt hat, um NRW schlecht zu reden.

Wir bleiben im Wahlkampfmodus und kämpfen gemeinsam für ein starkes Ergebnis der SPD bei der Bundestagswahl.

270 Wir wollen, dass es in Deutschland gerechter, moderner und weltoffener zugeht. Wir wollen, dass Martin Schulz Bundeskanzler wird.

Wir wollen, dass unsere Kandidatinnen und Kandidaten in den Bundestag einziehen. Dafür werden wir vollen Einsatz geben.

275 Nach der Bundestagswahl machen wir Inventur: Klar, schonungslos, mit deutlichen Fragen, Auswertungen und Lösungsvorschlägen. Unsere hier gefassten Grundsätze geben uns dafür die Orientierung.

280 Und nach der Inventur sorgen wir dafür, dass Gelb-Schwarz in NRW erneut eine Episode bleibt. Mit den Bessermachern setzen wir die neuen Ideen um und bringen Land und Partei nach vorne.

Arbeitsmarktpolitik

Antragsbereich Ar/Antrag 1

Unterbezirk Bonn

Verbesserter Schutz bei Betriebsratswahlen

Beschluss des Parteitages

Die SPD setzt sich für einen verbesserten Schutz bei Betriebsratswahlen und Personalvertretungen ein. Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion

5 Dazu sollen Betriebsratswahlen bei einer staatlichen Stelle angemeldet und durch einen Arbeitsrichter oder unabhängigen Sachverständigen beaufsichtigt und begleitet werden. Dieser soll zudem die Möglichkeit haben, Straftaten nach § 119 Betriebsverfassungsgesetz anzuzeigen.

10 Wir fordern, dass solche Straftaten nicht nur auf Anzeige sondern von Amts wegen verfolgt werden können. Täter müssen schneller ermittelt und tatsächlich verurteilt werden.

Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik

Antragsbereich F/ Antrag 1

NRW Jusos
NRWSPDqueer
ASF NRW

Ehe für alle! Liebe kennt kein Geschlecht.

Beschluss des Parteitages

Die vollständige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften durch die Einführung der ‚Ehe für Alle‘ ist erforderlich, um endgültig die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare zu beenden. Dieser Überzeugung wurde in vielen Ländern der Welt, auch in tief katholisch geprägten Ländern wie Irland und Spanien, in den letzten Jahren Rechnung getragen. Wir Sozialdemokraten fordern die Einführung der ‚Ehe für Alle‘ auch bei uns in Deutschland aus politischer Überzeugung. Zugleich ist es aber für uns auch eine Gewissensfrage. Darum fordern wir, dass der Bundestag noch vor der Ende der laufenden Wahlperiode über die Einführung der ‚Ehe für Alle‘ abstimmt und dass die Abgeordneten dabei ohne Fraktions- und Koalitionsbindung frei nach ihrem Gewissen entscheiden können.

Angenommen in
Fassung der
Antragskommission

5

10

Gesundheitspolitik

Antragsbereich G/Antrag 1

Ortsverein Moers

Pflegeberufe stärken

Beschluss des Parteitages

Annahme in Fassung der Antragskommission

Angenommen in
Fassung der
Antragskommission

Die SPD will die Pflege im Krankenhaus und in Pflegeeinrichtungen aufwerten und folgt dabei folgenden Punkten:

5 Um die Pflegeberufe nachhaltig zu stärken setzen wir uns dafür ein, dass die Pflege durch einen belastbaren, gesetzlich festgelegten Personalschlüssel unterstützt wird. Dabei müssen alle Bereiche der Einrichtungen, sei es in Pflege, Technik, Küche, Verwaltung oder der sozialen Betreuung, angemessen Berücksichtigung finden.

10 Eine bessere Bezahlung, allgemein-verbindliche Tarifverträge, gute Arbeitsbedingungen sowie eine gute Ausbildung sind die wichtigsten Bausteine für die Attraktivität der Pflegeberufe. Eine geeignete Interessenvertretung kann ein zusätzlicher Baustein sein.

15 Ob die Einführung einer Pflegekammer mit Zwangsmitgliedschaft und Pflichtbeiträgen dafür einen geeigneten Weg darstellt, können nur die Beschäftigten in der Pflege selbst abschließend beurteilen. Die SPD bekräftigt daher ihren Beschluss, dass geeignete Formen der Interessenvertretung der Pflege, die vor allem auch für die Pflegenden selbst in Betracht kommen, zu prüfen sind. Vor der
20 etwaigen Errichtung einer Pflegeberufekammer sind die Pflegenden in Nordrhein-Westfalen im Rahmen einer Urabstimmung mit einem vorher festzulegenden Quorum zur Gründung einer Kammer zu befragen. Die Befragten sind vor der Abstimmung umfassend über die Bedingungen einer Pflegeberufekammer zu informieren. Dabei
25 ist auch darzulegen, welche Zuständigkeiten eine Kammer hätte und welche nicht. Zudem gilt es in einer Befragung zu klären, ob sich die Befragten auch für eine Pflegeberufekammer mit verpflichtender Mitgliedschaft und zu zahlenden Mitgliedsbeiträgen aussprechen würden.

Innen- und Rechtspolitik

Antragsbereich IR/ Antrag 1

Unterbezirk Bonn

Unterstützung von Opfern sexualisierter Gewalt im Beschluss des Strafverfahrens Parteitages

5 Einem Menschen, der Opfer einer Tat nach StGB §177 sexueller Nötigung/ Vergewaltigung oder §183 exhibitionistischer Handlungen wird, soll unmittelbar nach Eingang der Anzeige bei der Polizei, spätestens aber bei Aufnahme des Gerichtsprozesses, eine Sozialarbeiter*in kostenlos und unaufgefordert zur Seite gestellt werden. Angenommen

10 Einem Menschen, der Opfer einer Tat nach StGB §176 sexueller Missbrauch von Kindern, §179 sexueller Missbrauch widerstandsunfähiger Personen, §182 sexueller Missbrauch von Jugendlichen wird, soll unmittelbar nach Eingang der Anzeige bei der Polizei ein*e psychologischer Psychotherapeut*in bzw. Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*in kostenlos, unmittelbar und unaufgefordert zur Seite gestellt werden.

15 Diese*r nimmt unaufgefordert Kontakt zum Opfer auf und fragt nach, ob Unterstützung/ Hilfe benötigt wird; auch bei Verneinung fragt die/der Betreuer*in in angemessener Zeit vor der Verhandlung/ Zeug*innenaussage wenn möglich noch einmal nach.

20 Als Vertrauensperson begleitet die/der Sozialarbeiter*in bzw. die/der psycho-logische Psychotherapeut*in, den gesamten Prozess, insbesondere die Konfrontation mit dem Täter/ der Täterin.

25 Die Unterbringung des Opfers in einem Zeug*innenschutzraum, um die Begegnung des Opfers und Täters/ Täterin so weit wie möglich auf den Gerichtssaal zu beschränken, wird dem Opfer seitens des Gerichtes ohne Aufforderung angeboten.

Umwelt-, Energie-, Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik

Antragsbereich U/ Antrag 1

Unterbezirk Bonn

Stopp der Brennelemente-Lieferung von Lingen nach Tihange 2 und Doel 3! **Beschluss des Parteitages**

Die NRWSPD fordert die NRW-Landesregierung, sowie die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Lieferung von Brennelementen in die Belgischen Atomkraftwerke Tihange 2 und Doel 3 unmittelbar gestoppt werden und nicht wieder aufgenommen werden.

5

Angenommen

Antragsbereich U/ Antrag 2

Unterbezirk Duisburg

Erhöhung der Förderung von günstigen bezahlbaren Wohnungen **Beschluss des Parteitages**

Günstiger und bezahlbarer Wohnraum ist knapp geworden. Dieser negative Trend ist seit langem bekannt.

Angenommen

Zur Verbesserung der Situation wird beantragt:

5

- Erhöhung der Fördermittel aus Bund und Land
- Gezielter Einsatz der bestehenden Fördermittel für Neubau, Eigentumsförderung und Bestandsförderung in den Stadtteilen.

10

- Erhöhung des Angebots von bedarfsgerechten Wohnungen
- Schrottimmobilien abreißen, Quartiere modernisieren und Flächen für Neubauten schaffen

15

- Bei den Planungen von Sozialwohnungen sind die städtischen Baugesellschaften sowie die Spar- und Bauvereine einzubinden
- Barrierearme bzw. barrierefreie Wohnungen müssen zum Standard erhoben werden.

Initiativantrag

Antragsbereich I/Antrag I

Landesvorstand

Adressat: a.o. Bundesparteitag, 25.06.2017

Wir machen dieses Land stärker, gerechter und moderner!

**Beschluss des
Parteitages**

Angenommen in
Fassung der
Antragskommission

5 Gemeinsam können wir unser Land stärker, gerechter und moderner machen. Mit einem neuen Bundeskanzler Martin Schulz. Er steht für Fortschritt und klare Haltung. Dafür kämpfen wir. Gerade hier in Nordrhein-Westfalen werden wir die Menschen davon zu überzeugen. Denn anders als die Union haben wir eine klare Vorstellung davon, wie wir unser Land stärker, gerechter und moderner machen wollen.

10 Wir stehen vor großen Herausforderungen. Digitalisierung und Globalisierung verändern den Alltag und die Arbeitswelt jedes und jeder Einzelnen. Diese Veränderungen bergen Risiken – für den Einzelnen, für die Gesellschaft und für die Gesellschaften in Europa. Es ist die Sozialdemokratie die technischen und gesellschaftlichen Wandel nicht einfach passieren lässt, sondern gestaltet. So gestaltet, dass aus Herausforderungen Chancen werden. Digitalisierung und Globalisierung bieten Chancen für mehr Fortschritt, Wohlstand und Freiheit. Damit alle Menschen diese Chancen ergreifen können, müssen wir unseren Staat zukunftsfest machen.

20 Während andere Parteien die zügellose Privatisierung und das Recht des Stärkeren in einem porösen Privat-vor-Staat propagieren, sagen wir Sozialdemokraten: Wir stehen für das Recht auf Sicherheit in einem verantwortungsvollen Staat. Wir sagen klar, was der Staat leisten kann und muss, um die Sicherheit zu schaffen, in der Menschen frei und mutig ihr Leben führen können.

25 Öffentliche und soziale Sicherheit gehören untrennbar zusammen. Denn Armut und soziale Ausgrenzung bilden den Nährboden für Kriminalität und Angst. Einerseits. Und andererseits bildet Eigentum, das nicht mehr verpflichtet, den Nährboden für Gier und Ausbeutung. Wir brauchen mehr Hüter des Gesetzes für die öffentliche Sicherheit, aber wir brauchen auch mehr Hüter der Gerechtigkeit für die soziale Sicherheit. Und dafür wollen wir Menschen in NRW gewinnen: Mit uns gemeinsam den verantwortungsvollen Staat zu gestalten. Wagen wir mehr Verantwortung, dann können wir auch mehr Vertrauen in die Zukunft und in uns selbst wagen!

35 **1. Wir wollen die beste Bildung für alle. Gebührenfrei.**

40 Sie beginnt schon in den ersten Lebensjahren durch Erziehung und Lernen zu Hause und in der Kita. Wir wollen mit zusätzlichen Mitteln des Bundes die Qualität in der Kita verbessern und sie gebührenfrei machen. Das schafft Chancengleichheit und entlastet junge Familien mehr, als jede Steuerreform. Sie ist am Ende des Monats am Kontoauszug ablesbar. Die SPD bleibt die Partei der Bildungschancen. Deshalb lehnen wir auch Studiengebühren ab – in jeder Form. Außerdem werden wir die Gebührenfreiheit für

45 Techniker- und Meisterkurse sicherstellen. Für die
Ganztagsbetreuung werden wir einen Rechtsanspruch einführen.
Unsere Schulen müssen Kinder und Eltern begeistern. Zusätzliche
zu den Programmen der Länder hat der Bund eines der größten
Modernisierungsprogramme für die Schulen gestartet und das
Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern dafür gelockert.
50 Wir sorgen für beste Klassenzimmer, barrierefreie Gebäude und
eine moderne Ausstattung auch mit digitaler Technik. Für
Auszubildende werden wir die Ausbildungsgarantie umsetzen und
für eine Mindestvergütung für Auszubildende sorgen. Für
Studierende werden wir das BAföG weiter verbessern, um allen
55 jungen Menschen den Bildungsweg zu eröffnen, der ihrer Wahl und
ihren Fähigkeiten entspricht. das BAföG verbessern, damit mehr
junge Menschen gefördert werden und vielfältige Bildungswege
möglich sind. Denn für uns ist klar: Die beruflichen Bildung und das
Hochschulstudium sind weder konkurrierende Systeme, noch
getrennte Welten. Bei ihnen handelt es sich gleichwertige Wege in
ein selbstbestimmtes Leben.

60

2. Wir wissen: Arbeit ist nicht alles, aber sie ist enorm wichtig.

Den Wert der Arbeit erkennen wir häufig dann, wenn wir keine
Arbeit haben, ungesunde Arbeitsbedingungen herrschen, sie nur
65 befristet ist oder schlecht bezahlt wird. Dann wird uns noch klarer:
Arbeit ist Teil menschlicher Würde. Wir haben den Mindestlohn
eingeführt. Bei Leiharbeit und Werkverträge konnten erste
Änderungen erreicht werden. Weitere Möglichkeiten zur
Verhinderung des Missbrauchs wurden seitens der Union verhindert
und müssen von uns weiter eingefordert werden. Es bleibt noch viel
70 zu tun: Wir wollen prekäre Beschäftigung weiter zurückdrängen und
die sachgrundlose Befristung endlich abschaffen. Sie führt vor allem
bei jungen Menschen zu Unsicherheit, wo Zuversicht nötig wäre.
Wir wollen Ausnahmen beim Mindestlohn beseitigen. Wir wollen
für gleiche Arbeit den gleichen Lohn – für Frauen und Männer, für
75 die Stammebelegschaft und diejenigen, die als
Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter im Betrieb
beschäftigt sind, ab dem ersten Tag. Damit beispielsweise Solo-
Selbstständige auch in Zukunft abgesichert sind, müssen neue
Arbeitsmodelle sinnvoll in die sozialen Sicherungssysteme integriert
werden. Die Minijobs wollen wir auf Grundlage des DGB-Modells
80 sozial gerecht weiterentwickeln. Wir wollen einen Pakt für
anständige Löhne und eine stärkere Tarifbindung. Deshalb werden
wir den eingeschlagenen Weg der gesetzlichen Privilegierung von
Tarifpartnerschaft fortsetzen. Und deshalb werden wir die
Möglichkeit von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von
85 Tarifverträgen weiter verbessern und die Voraussetzungen
präzisieren. Wir wollen den Menschen helfen, lebenswert in unserer
Gesellschaft zu leben, die aus eigener Kraft keine Chance im ersten
Arbeitsmarkt haben. Indem wir ihre Arbeit statt ihre
Arbeitslosigkeit finanzieren, holen wir sie zurück in unsere
90 Gesellschaft. Öffentlich geförderte Beschäftigung schafft in einem
dauerhaften, sozialen Arbeitsmarkt neue Chancen für Menschen, die
ausgegrenzt werden. Ausgehend vom Bundesprogramm „Soziale
Teilhabe“ werden wir für zunächst 100.000 Menschen einen
dauerhaften sozialen Arbeitsmarkt schaffen, den wir als
Regelleistung im Sozialgesetzbuch II verankern. Dabei geht unser
95 Ansatz davon aus, dass hier unbefristete Arbeitsplätze mit tariflicher
Bindung gefördert werden. Der Schwerpunkt muss auf Regionen
liegen, die in besonderem Maße von Langzeitarbeitslosigkeit

betroffen sind.

3. Wir wollen, dass Familie und Beruf als doppeltes Glück empfunden werden können.

100 Die Familie soll deshalb nicht immer arbeitsmarktgerechter, sondern
die Arbeit soll auch familiengerechter werden. Diese beiden Ziele
verlangen den Ausbau von Kita-Plätzen mit Öffnungszeiten, die den
Bedürfnissen der Eltern gerecht werden. Diese beiden Ziele
105 verlangen aber auch einen Kulturwandel der Arbeitswelt, damit
Arbeitszeiten familiengerechter werden. Wir brauchen mehr
Unterstützung für Familien, damit Familien- und Erwerbsarbeit
partnerschaftlicher aufgeteilt werden können. Wir werden deshalb
eine Familienarbeitszeit einführen, die gerade Eltern kleiner Kinder
110 darin unterstützt, die Arbeitszeit partnerschaftlich reduzieren zu
können. Und wir werden eine Familienarbeitszeit für Pflegende
einführen. Damit ermöglichen wir Menschen, die ihre Angehörigen
pflegen, eine Freistellung von der Arbeit mit Lohnersatzleistung.
Der Öffentliche Dienst kann in diesen Bereichen seine
Vorbildfunktion wahrnehmen und zeigen: es geht, wenn wir wollen.

4. Wir stehen für einen starken Sozialstaat, der die großen Lebensrisiken solidarisch und gerecht absichert.

115 Das gilt zuallererst für Gesundheit und Pflege. Wir kämpfen seit
langem für eine paritätisch finanzierte Bürgerversicherung für
Gesundheit und Pflege. Wir wissen, dass der Bedarf an qualitativ
120 hochwertiger Pflege in unserer Gesellschaft zunehmen wird. Gute
Pflege entscheidet sich immer über die Zeit, die für Pflege und
persönliche Zuwendung zur Verfügung steht. Deshalb wollen wir
Personalstandards, die die stationäre Pflege mit einem belastbaren
Personalschlüssel ausstattet. Gute Arbeitsbedingungen in der Pflege
125 sind der Schlüssel für eine hinreichende Zahl motivierter
Pflegefachkräfte und gute Pflege. Der Pflegeberuf muss gerechter
bezahlt, flexibler wahrnehmbar und mit mehr Aufstiegschancen
versehen werden. Wir werden uns daher für einen
allgemeinverbindlich zu erklärenden Flächentarifvertrag stark
130 machen, damit gute Pflege dauerhaft möglich wird. Ein starker
Sozialstaat sorgt auch für gutes Wohnen und bezahlbare Mieten.
Darum werden wir die Ausnahmen bei der Mietpreisbremse
überprüfen und die erfolgreiche Unterstützung des Ausbaus des
sozialen Wohnungsbaus durch den Bund fortsetzen. Wir streben
eine bundesgesetzliche Regelung zur Übernahme der Kosten für
einen Aufenthalt im Frauenhaus an.

5. Wir setzen uns für eine Rente ein, die den Lebensstandard sichert, unterschiedliche Lebens- und Erwerbsphasen angemessen abbildet und Armutsrisiken vermeidet.

140 Die solidarisch finanzierte Gesetzliche Rentenversicherung ist dafür
die tragende Säule. Zur Sicherung des Lebensstandards sowie der
stärkeren Akzeptanz der sozialen Sicherungssysteme brauchen wir
eine Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung, die erstens den
Erhalt und perspektivischen Ausbau des Rentenniveaus vorsieht
ohne die Beitragszahlerinnen und -zahler zu überfordern. Wir
145 werden garantieren, dass das Rentenniveau mindestens auf der
jetzigen Höhe bleibt, das Eintrittsalter zur Rente nicht weiter steigt
und gleichzeitig der Versicherungsbeitrag im Jahr 2030 nur
marginal höher ist als derzeit vorgesehen. Wir sind davon
überzeugt, dass durch verschiedene Rahmenbedingungen, die wir
aktiv beeinflussen können – etwa eine höhere Erwerbsbeteiligung

150 von Frauen oder eine intelligente Einwanderungspolitik - ein
steigendes Rentenniveau möglich ist. Wir verfolgen auf diesem
Wege gemeinsam mit dem DGB mittelfristig das Ziel eines
Rentenniveaus von etwa 50 Prozent. Wir werden zweitens dafür
sorgen, den Kreis der Versicherten zu verbreitern - insbesondere in
155 Hinblick auf die bessere Absicherung von Selbstständigen. Drittens
müssen wir die Voraussetzungen für eine Solidarrente für
langjährige Beitragszahler mit nur geringen Einkommen schaffen,
damit Rente aus Erwerbseinkommen stets höher als die
Grundsicherung ist. Wir wollen viertens die
Erwerbsminderungsrente noch weiter verbessern, damit alle, die aus
160 gesundheitlichen Gründen früher aus dem Erwerbsleben scheiden
müssen, eine anständige Rente erhalten.

6. Steuern dienen der Gewährleistung staatlicher Handlungsfähigkeit zum Wohl der Allgemeinheit.

165 Angesichts seiner Aufgaben für Bildung, Infrastruktur, Sicherheit
und die Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu tun ist,
nimmt der Staat nicht zu viel ein. Er nimmt aber zu viel von den
Falschen. Nicht Steuersenkungs-versprechen für alle bis hinein in
Millioneneinkommen, sondern eine gerechtere Verteilung der
Abgabenlast sichern unsere gemeinsame Zukunft. Unser Ziel ist es,
170 kleine und mittlere Einkommen und besonders Haushalte mit
Kindern zielgenau zu entlasten. Dazu bedarf es eines neuen
Einkommensteuertarifs. Vor dem Hintergrund, dass die reichsten
zehn Prozent noch immer über 60 Prozent des Vermögens verfügen,
machen wir uns weiterhin für eine Besteuerung sehr hoher
Vermögen stark. Wir setzen uns für die Wiedereinführung der
175 Vermögenssteuer im Bund ein. Steuergerechtigkeit ist und bleibt ein
Markenzeichen unserer Finanzpolitik. Steuergerechtigkeit
gewährleisten heißt zuallererst, Steuerbetrug weiter konsequent zu
bekämpfen. Steuerbetrug muss national, europäisch und
international bekämpft werden. Dazu setzen wir auf wirksame
180 nationale Gesetzgebungsinitiativen, aber auch auf die konsequente
Stärkung der Steuerfahndung in den Bundesländern. Wir werden
außerdem auf Bundesebene die Bekämpfung von Geldwäsche
intensivieren. Auf europäischer Ebene machen wir uns für eine
Austrocknung von Steueroasen inner- und außerhalb der EU sowie
für eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung stark. Wir
185 drängen auf die schnelle Umsetzung der internationalen
Vereinbarungen, um Gewinnverlagerung und Steuerumgehung
durch grenzüberschreitend agierende Konzerne zu verhindern. Wir
wissen: ohne eine solide Gegenfinanzierung schränken
Steuersenkungen die Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und
190 Kommunen ein und am Ende bei denen hängen, die auf
handlungsfähige öffentliche Hände angewiesen sind. Wir stehen mit
unserer Haushalts- und Finanzpolitik für einen starken Staat, der
seine Aufgaben im In- und Ausland wahrnehmen kann.
Haushaltskonsolidierung ist notwendig, um den Staat zukunftsfähig
zu machen. Investitionen sind es auch. Gerade in einem
195 exportorientierten Land sind stabile Finanzen und wirtschaftliche
Stärke eng voneinander abhängig. Die Ideologie der schwarzen Null
untergräbt diesen Zusammenhang und stellt kurzfristige
Konsolidierung vor langfristige Zukunftssicherung. Die Stabilität
der Staatsfinanzen hängt nicht nur von sparsamer Haushaltsführung
und Ausgabendisziplin ab, sondern auch von der Einnahmeseite des
200 Staates und ihrer gerechten Gestaltung ab.

205 **7. Öffentliche Sicherheit ist die Voraussetzung für individuelle Freiheit.**

Wir wollen den Sicherheitsbegriff dabei weiter denken, als die bellenden Populistinnen und Populisten in den Unionsparteien und der AfD. Die wichtigste Komponente für Sicherheit ist soziale und gesellschaftliche Sicherheit. Über unsere Politik der breiten
 210 Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge schaffen wir wirkliche Sicherheit und entziehen Terror, Radikalisierung und Gewalt den Boden. Wir stehen für einen starken Rechtsstaat. Eine intelligente Politik für mehr Sicherheit setzt gleichermaßen auf Repression und Prävention. Wir wissen:
 215 Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Das wirksamste Mittel für mehr Sicherheit ist mehr Polizeipräsenz auf der Straße. Dafür brauchen wir mehr Stellen beim Bund und in den Ländern. Und wir brauchen ebenso eine bessere personelle Ausstattung von Gerichten und Staatsanwaltschaften, denn nur so folgt die Strafe der Tat wo immer möglich auf dem Fuße. Ein
 220 starker und gerechter Rechtsstaat verfolgt Straftaten unabhängig vom Einkommen oder Ansehen der Person. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass Strafverfahren wegen Wirtschaftskriminalität bei hohen Schadenssummen nicht mehr nach Zahlung eines Geldbetrages eingestellt werden können. Um die Menschen
 225 wirksam vor Wohnungseinbrüchen zu schützen, werden wir darüber hinaus die Förderprogramme ausweiten, mit denen Wohnungen und Häuser einbruchssicher gemacht werden können. Präventions-, Beratungs- und Aussteigerprogramme werden überprüft und wo nötig aufgestockt.

230 **8. Die SPD ist die Kommunalpartei.**

Wir sind Anwalt der Kommunen in Ländern und im Bund. Finanziell handlungsfähige Kommunen sind die Grundlage guter Lebensqualität vor Ort und lebendiger, lokaler Demokratie. Die
 235 SPD hat in den vergangenen Jahren durch ihren Einsatz in Land und Bund die Kommunen entlastet und wieder handlungsfähiger gemacht. Daran werden wir anknüpfen. Wir wollen helfen, die Investitionskraft zu stärken, die Kommunen von Sozialkosten zu entlasten und die Schulden abzubauen. Mit einem Altschuldentilgungsfonds können wir den hochverschuldeten
 240 Kommunen helfen, ihre Handlungsfähigkeit zurück zu gewinnen. Die Finanzquellen der Kommunen sind auch künftig unverzichtbar. Deshalb werden wir Grund- und Gewerbesteuer modernisieren. Nach Auslaufen des Solidarpaktes braucht es ein gesamtdeutsches Fördersystem, das alle strukturschwachen Regionen in den Blick
 245 nimmt. Ab 2019 darf nicht mehr nach Himmelsrichtung gefördert werden, sondern nach Bedarf. Dort, wo die Arbeitslosigkeit hoch und die Strukturschwäche groß ist, egal, ob im Osten oder im Westen Deutschlands, werden Akzente gesetzt.

9. Wir sind ein Industrie- und Energieland.

250 Gerade die letzte Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie wichtig eine starke Industrie für die ökonomische Entwicklung eines Landes ist. Für unsere Industrie brauchen wir eine verlässliche Energieversorgung, eine gute Infrastruktur, gut ausgebildete Fachkräfte, ein innovationsfreundliches Umfeld und gute Rahmenbedingungen um insbesondere Klein- und Mittelständische
 255 Unternehmen fit für die Digitalisierung zu machen. Sicher, sauber, bezahlbar – das ist und bleibt unser Dreiklang für die Energiewende,

die im Dialog mit den Unternehmen, den Gewerkschaften und den Beschäftigten zum Erfolg gebracht werden muss. Die Energiewende und der Klimaschutz sind für uns Fortschrittsmotoren. Darum stehen wir auch zur Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele zur Begrenzung des Klimawandels. Dabei setzen wir insbesondere auf eine stärkere Kopplung der Energiesektoren und eine verbesserte Energieeffizienz. Um die Bezahlbarkeit der Energiewende für Haushalte und die Teile der Wirtschaft, die nicht von der EEG-Umlage befreit sind, zu gewährleisten, werden wir alternative Finanzierungsmodelle für die weiter sinnvolle Förderung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien prüfen. Wir werden Überlegungen unterstützen, die unmittelbaren Belastungen durch die EEG-Umlage durch ein Fonds-Modell zu deckeln, und die Kosten für den Ausbau der Erneuerbaren Energien insgesamt zeitlich zu strecken und damit auch gerechter zu verteilen. Damit Strom aus erneuerbaren Energien auch in den Sektoren Wärme und Verkehr stärker genutzt wird, wollen wir die Stromsteuer nach und nach abschaffen. Sie setzt falsche Anreize und behindert den Ausbau der Sektorkopplung, indem sie Strom unabhängig von seiner Erzeugungsart verteuert. Für eine leistungsfähige Infrastruktur und gut ausgebildete Fachkräfte brauchen wir mehr öffentliche Investitionen – in Infrastruktur und Bildung. Dafür werden wir sorgen, denn noch steht dem die Ideologie der schwarzen Null und die neoliberale Privat-vor-Staat-Ideologie derzeit zu oft entgegen. Für ein innovationsfreundliches Umfeld brauchen wir exzellente Forschung und den Wissenstransfer gerade in Klein- und Mittelständische Unternehmen. Wir müssen den Gründergeist unterstützen, indem wir mehr jungen Unternehmerinnen und Unternehmern die Gründung von Start-Ups erleichtern. Um unsere Industrie auf dem Weg in die Digitalisierung zu unterstützen werden wir den Ausbau der Breitbandnetze vorantreiben und die Plattform „Industrie 4.0“ fortführen. Gemeinsam mit Beschäftigten, Unternehmen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Verbänden werden wir besonders KMUs für den digitalen Wandel sensibilisieren.

10. Die SPD steht für Weltoffenheit, Toleranz und Menschlichkeit.

Wir wollen keine neuen Grenzzäune, sondern Fluchtursachen bekämpfen. Wir stehen ohne Wenn und Aber zum Grundrecht auf Asyl. Für Opfer von Menschenhandel fordern wir ein aussageunabhängiges Bleiberecht. Flucht und Vertreibung sind von Zuwanderung und Integration zu unterscheiden. Wir brauchen ein modernes Einwanderungsgesetz, mit dem wir den Zuzug von Arbeitskräften nach Deutschland besser steuern können. Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land friedlich zusammenleben können. Wir stehen für eine gelingende Integration. Dafür sind Sprache, Bildung und Arbeit die Grundlage. Wir werden deshalb die Sprach- und Integrationskursangebote ausbauen und weitere passgenaue Angebote zur Integration in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt schaffen. Ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht ist eine wesentliche Voraussetzung für die Integration von Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind. Wir setzen uns weiterhin für die Akzeptanz von Mehrstaatlichkeit für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sowie bei Einbürgerungen ein. Einen Generationenschnitt halten wir im Sinne der Integration hierbei nicht für zielführend.

310

Das alles zeigt: Wir haben die Ideen, wie wir dieses Land stärker, gerechter und moderner machen können. Wir wollen kein „Weiter so“. Wir stehen für einen Aufbruch, der neue Chancen für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bietet. Wir stehen für das vereinte Europa, das die großen Fragen der Globalisierung und Digitalisierung nur gemeinsam im Interesse der arbeitenden Menschen gestalten kann. Wir werden für unsere Ideen um das Vertrauen der Menschen werben. Tag für Tag. Im Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen, bei Freunden, in der Familie, in Vereinen und Verbänden.

315

320

In rund 100 Tagen wird ein neuer Bundestag gewählt. Für uns ist klar: Wir setzen nicht auf Platz. Wir setzen auf Sieg. Angela Merkel und die Union sind verbraucht. Ihre Regierung lebt von den Impulsen der SPD in der Großen Koalition. Das reicht nicht. In einer Zeit wirtschaftlicher Prosperität bei gleichzeitiger internationaler Unsicherheit braucht unser Land Mut, Hoffnung und Optimismus.

Wir sind überzeugt: Es ist Zeit für Gerechtigkeit. Es ist Zeit für Martin Schulz. Es ist Zeit für die SPD.

Antragskommission

zum außerordentlichen Landesparteitag
der NRWSPD am 10. Juni 2017 in Duisburg

Altenkamp, Britta	LV
Körfges, Hans-Willi	LV
Ott, Jochen	LV
Blask, Inge	LPR
Daldrup, Bernhard	LPR
Engelmeier, Michaela	LPR
Kammerevert, Petra	LPR
Kaczmarek, Oliver	LPR
Krems, Karl-Heinz	LPR
Maelzer, Dennis	LPR
Stinka, André	LPR
Stotz, Marlies	LPR
Voigt-Küppers, Eva-Maria	LPR

Sprecher der Antragskommission: Jochen Ott

Herausgeber: SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestr. 16
40213 Düsseldorf

Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragsteller verantwortlich.

Druck: Eigendruck